

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag der Wetterau

TTIP ist böse!

DIE LINKE. forderte den Wetterauer Kreistag zu einer Resolution gegen das Freihandelsabkommen TTIP auf. Dieses Abkommen hebt die demokratischen Entscheidungsbe- fugnisse der Parlamente aus und ermöglicht Kon- zernen den Zugriff auf pro- fitable öffentliche Ein- richtungen und Betriebe.

Fortsetzung auf Seite 7

Lege den Finger auf jede Rechnung!

Wofür wird bei der Wirt- schaftsförderung Wet- terau GmbH das Geld ausgegeben und wem nützt es? *Lesen Sie Seite 6*

März/April 2015

Luxuswohnungen bringen mehr Profit

Sozialwohnungen oder bezahlbare Mietwohnun- gen werden derzeit kaum gebaut. Dafür suchen Wetterauer Kommunen Investoren, die Luxus- wohnungen hochziehen und damit hohe Profite machen. Warum kümmern sich die Kommunal- politiker nicht um das Wohnungsproblem?

Alein in Friedberg brauchen mehr als 350 Menschen eine Sozialwohnung. Viele stehen auf der Warteliste einer gemeinnützigen Woh- nungsbaugesellschaft.

Doch Jahre können verge-

hen, bis sie eine der be- gehrten Wohnungen erhal- ten. Sozialwohnungen sind derzeit aus! Und niemand schert sich darum. Das muss sind dringend än- dern!

Fortsetzung auf Seite 4

Jobcenter finanziert prekäre Arbeit

Lesen Sie Seite 3

Alle wollen Schulsozialarbeit...

...aber keiner will sie bezahlen. Sozialarbeiter- stellen werden in der Wetterau immer weniger.

Die Schulsozialarbeit im Wetteraukreis entwickelt sich rückläufig. Von sieben Stellen, die aus dem „Bil-

dungs- und Teilhabepaket“ der Bundesregierung finan- ziert wurden, konnte nur eine

Fortsetzung auf Seite 2

Alle wollen Schulsozialarbeit...

gehalten werden, nachdem das Programm im Juli 2014 ausgelaufen war. In Hirzenhain finanzieren Kreis, Gemeinde und Förderverein diese Stelle weiter.

Aber auch die anderen Sozialarbeiterstellen stehen finanziell auf wackligen Füßen, sind befristet oder reichen nicht, um die Arbeit zu bewältigen. Das Land Hessen erlaubt den Schulen etwas Geld aus der Lehrerversorgung für

Sozialarbeit abzuwickeln. Auch Geld aus Sachmitteln kann verwendet werden. Dumm nur, wenn dieser Balanceakt nicht gelingt.

Der Wetteraukreis hat mit dem Kultusministerium eine Vereinbarung „Modellregion Inklusion“ abgeschlossen. Gerade wenn Kinder mit Behinderung in der Regelschule unterrichtet werden sollen, braucht man Förderung und Sozialarbeit.

Das Land zieht sich aber aus der Finanzierung gänzlich raus. Der Kreis gibt den Schulen 3000 Euro im Jahr für Sozialarbeit. Doch wie weit kommt man damit?

Wie weiter bei der Schülerbeförderung?

Nichts brachte die VGO (Verkehrsgesellschaft Oberhessen) und den Kreisausschuss dazu, ihre Entscheidung bei der Schülerbeförderung zurückzunehmen. Man will jetzt wieder zur Tagesordnung übergehen. Die Eltern sollen zahlen.

Der Antrag der Linken, den Vertrag mit der VGO zu kündigen und neu über die Schülerbeförderung zu verhandeln, wurde von der Kreistagsmehrheit abgelehnt. Die Versprechungen,

eine Lösung zu suchen, verlaufen im Sand. Der von uns beantragte Akteneinsichtsausschuss zeigte auf, dass im Kreisausschuss einstimmig für die Verschlechterungen gestimmt worden war.

Eine gute Nachricht:

Undemokratische Pläne kamen im Kreistag nicht durch.

In der letzten Ausgabe berichtete DIE LINKE. von den Plänen, die Geschäftsordnung des Kreistages zu ändern.

Der Kreistag sollte verkleinert und die Fraktionsstärke erhöht werden. Um Fraktion zu werden, wäre eine Hürde von 4% der Wählerstimmen aufgebaut worden. Das ist undemokratisch. Fraktionslos ist man von Informationen abgeschnitten und kann nicht in den Ausschüssen mitarbeiten. Kleine Parteien oder Gruppen wären im Parlament unwirksam. Das Bundesverfassungsgericht hatte für die Europawahl die 5-Prozent-Hürde für verfassungswidrig erklärt: Zugangshürden seien immer Demokratiehürden.

Zum Glück konnte diese Abstimmung mit einer Stimme Mehrheit zugunsten demokratischer Mitbestimmung entschieden werden.

Folge 7:

Jobcenter finanziert prekäre Arbeit

Dass arbeitslose Menschen Vermittlungsangebote erhalten, ist normal. Doch das Jobcenter schickt sie immer häufiger zu Ausbeuterbetrieben und in prekäre Beschäftigung.

Die junge Frau knetet ihre Hände. Sie ist unter Druck. Das Jobcenter hat ihr Leistungen gestrichen. Wie soll sie sich und ihre beiden Kindern über die Runden bringen? Als über die wichtigsten Probleme gesprochen ist, kommt noch ein Vermittlungsangebot zum Vorschein: „Hilfskraft Putzfrau“ bei einer bekannten Arztpraxis. Die Frau hat studiert. Ihr Studium wurde in Deutschland nicht anerkannt. Sie hat sich abgefunden: Hauptsache man hat eine Arbeit. Aber: Warum suchen die nicht einfach eine Putzfrau?

Was ist eine „Hilfskraft Putzfrau“?

Das Jobcenter vermittelt nicht nur diese Arbeitsstelle. Es bezahlt auch den Lohn für eine gewisse Zeit. Meistens ein halbes Jahr. Die

„Arbeitgeber“ erhalten so eine billige Arbeitskraft vom Staat subventioniert. Nicht selten werden diese Beschäftigungsverhältnisse gleich wieder gekündigt, wenn das Jobcenter die Zahlungen einstellt. Dann wird die nächste Billigarbeitskraft geschickt.

Staatliche Subventionen für Privatbetriebe

Eine „Hilfskraft Putzfrau“ kostet jedenfalls nicht so viel wie eine Putzfrau. Selbst bei diesen zweifelhaften Arbeitsvermittlungen versucht das Jobcenter bei den Arbeitslosen zu sparen. Der Arzt verdient vermutlich soooo wenig, dass er sich keine Putzfrau leisten kann. Sonst geht er bestimmt pleite.

Gott sei bei uns! Der Mindestlohn ruiniert uns.

Endlich gibt es den Mindestlohn. Aber Unternehmer versuchen, sogar die 8,50 Euro zu umgehen.

Bauer Media kündigte der Mehrheit seiner 35.000 Zeitungszusteller, die älter als 18 Jahre alt sind. Jetzt werden Minderjährige angeworben. Für Minderjährige gilt der Mindestlohn nicht. Dabei haben die Zeitungszusteller erst ab 2017 die 8,50 Euro zu zahlen. Bis 1. Januar 2016 gilt noch ein verminderter Mindestlohn von 6,38 Euro. Der Wetteraukreis ist auch betroffen. In Bad Nauheim, Friedberg und Umgebung bekamen alle Zusteller eine Kündigung, die Fernsehzeitungen für Bauer ausgetragen haben. Die Mittelhessen-Mail GmbH & Co KG hat dieses Geschäft übernommen. Ihre Zusteller tragen auch die Wetterauer Zeitung aus.

Luxuswohnungen bringen mehr Profit

Bad Nauheim, Bad Vilbel, Butzbach... besonders im Westkreis wird neu gebaut. Sozialwohnungen sind nicht dabei. Große neue Wohngebiete entstehen in Friedberg. Doch auch hier sind nur 20 Sozialwohnungen geplant.

In Karben entsteht in bester Lage ein neues Wohngebiet. Alles Wohnungen im Hochpreissegment. Dass es auch Geringverdiener gibt, wurde

Planung einfach vergessen. Der Karbener Magistrat verspricht zwar den Bau von 18 Wohnungen unter 10 Euro/qm. Doch wann sie gebaut werden, bleibt unklar.

In den letzten zehn Jahren wurden in der Wetterau nur 59 Sozialwohnungen gebaut. Das reicht nicht einmal, um den Bestand zu sichern. Warum machen die Wetterauer Kommunalpolitiker ihren Parteifreunden in Wiesbaden und Berlin kein Feuer unter dem Hintern?



*Ihr Ruhepol in der Stadt
- zentral mit idealer Infrastruktur*

1- bis 4-Zimmer-Wohnungen
30 m² - 186 m²
mit Terrasse und Garten oder Balkon
Dachgeschosswohnungen - mit
Balkon und großer Dachterrasse
Großzügige Tiefgarage mit Zugang
zu jedem Haus und jedem Aufzug

Info für Kapitalanleger:
Aktuell erzielte Kaltmieten: ca. 10-11 Euro/m²
Kein Leerstand - schnelle Vermietbarkeit

KfW - 70 Standard,
Echtholzparkett,
elektrische Rolläden etc.

Anzeige
in regionalen Zeitungen

Wohnen ist ein Grundrecht!

Im Januar 2015 beantragte DIE LINKE. im Bundestag, die soziale Wohnungswirtschaft zu entwickeln.

Zitat: „Wohnen ist eine herausragende sozialpolitische Aufgabenstellung für alle Ebenen politischer Verantwortung. Es ist von strategischer Bedeutung für die dauerhafte Bewahrung des sozialen Friedens, der Generationengerechtigkeit, des ökologischen Umbaus der Gesellschaft und der Integration aus dem Ausland zuwandernder Menschen.“

DIE LINKE. beantragt unter anderem: die Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf 700 Millionen Euro anzuheben. Wohnraum aus öffentlichem Eigentum vor Privatisierung zu schützen. Überall verbindlich Mietspiegel einzuführen. Ein Programm gegen Zwangsräumungen aufzulegen. Flüchtlinge nicht in Sammelunterkünften zu pferchen.

Die Miete mindern? Wie soll das gehen?

Der Wetteraukreis hat im Juli 2014 mit dem Jobcenter Vereinbarungen zur Kostensenkung abgeschlossen. Besonders bei den Kosten für Unterkunft und Heizung soll gekürzt werden.

Hartz4- und Sozialhilfeberechtigten dürfen nicht jede Wohnung mieten. Die Miete ist nach oben gedeckelt. Seit im Juli 2014 Kostensenkungen vereinbart wurden, laufen beim Jobcenter so genannte „Mietminderungsverfahren“. Es wird systematisch nachkontrolliert, ob die Miete über der vom Wetteraukreis festgesetzten Miet-

obergrenze liegt. Übersteigt die Miete diese Obergrenze auch nur um wenige Euro, werden Betroffene aufgefordert, innerhalb eines halben Jahres eine billigere Wohnung zu beziehen. Finden die Menschen keine preisgünstigere Wohnung, müssen sie zukünftig einen Teil der Miete aus ihrer schmalen Grundsicherung zahlen.

Datenbasis für Mietobergrenzen offenlegen!

Die Mietobergrenzen des Wetteraukreises sind eine Farce. Teilweise werden heute niedrigere Mieten angegeben als 2005. Im Ostkreis sind Familien mit Kindern besonders benachteiligt, weil für sie die Obergrenzen stark abgesenkt worden sind. Welche Daten hat der Wetteraukreis für die Berechnungen zu Grunde gelegt? Bisher wurden die Erhebungen geheim gehalten. DIE LINKE. im Kreistag fordert eine Offenlegung. Eine demokratische Kontrolle ist dringend nötig.

Wohnungsnot

1991 gab es in Hessen noch 205.907 Sozialwohnungen - 2011 waren es nur noch 123.028. Die Landesregierung gestand auf eine kleine Anfrage der linken Landtagsfraktion ein, dass in Hessen 2012 mehr als 40.000 Haushalte nicht mit Sozialwohnungen versorgt werden konnten - obwohl sie Anspruch hatten. Eine Studie des Prestel-Instituts kam 2012 zu dem Ergebnis, dass hessenweit sogar 280.000 Sozialwohnungen fehlen.



Lege den Finger auf jede Rechnung!

Während Sozialausgaben ständig massiv gekürzt werden, wird die Wirtschaft unterstützt. Zum Beispiel die „Wirtschaftsförderung Wetterau GmbH“, abgekürzt wfg. Verschiedene Gesellschafter, unter anderem der Wetteraukreis, zahlen an die GmbH jährlich 260.000 Euro. Dazu kommen noch 128.000 Euro Fördermittel.

Was macht die wfg mit dem Geld?

Eine Anfrage der CDU im Kreistag wurde so beantwortet: Die wfg will Gewerbesiedlungen unterstützen, Investoren gewinnen, den Standort Wetterau profilieren,

Technologieförderung betreiben, Tourismus entwickeln, usw. Neu ist die Teilnahme am europäischen LEADER-Programm, das Strukturförderung zum Inhalt hat.

Keine schlechte Idee, könnte man sagen. Doch auf die Frage, wie viele Unternehmen bisher durch die wfg pro Jahr in die Wetterau geholt wurden, antworteten sie: Man habe keinen expliziten Vermittlungsauftrag. Man arbeite nur unterstützend. Zuständig für die Wirtschaftsansiedlung seien die Kommunen. Die wfg beantworte wöchentlich zwei bis drei Anfragen, man entwickle Stand-

ortskonzepte, halte Vorträge und besuche Messen.

Ist das effektiv?

Eine gute Frage. Nicht zuletzt deshalb, weil sich die wfg seit Januar 2014 zwei Geschäftsführer leistet.

265.000 Euro werden jährlich für Gehälter ausgegeben (3,4 Stellen). Die beiden Geschäftsführer verdienen offensichtlich nicht schlecht.

Wer kontrolliert das?

Wirtschaftsförderung, in den Kommunen und beim Kreis angesiedelt, wäre eine gute Sache. Aber warum wurde die wfg als GmbH installiert? Will man - wie bei anderen Beteiligungsgesellschaften des Wetteraukreises - die Kontrolle durch den gewählten Kreistag ausschalten?

Geschädigt von der Sparkasse Oberhessen?

Eine „Schutzgemeinschaft Sparkassengeschädigte Aschaffenburg e.V.“ vertritt Menschen, die von der Sparkasse die Nase voll haben. Meist sind es Mittelständler, die durch einen Geschäftskredit in Existenznot geraten und ausgepresst worden sind.

So ein Büdinger Unternehmer, der sich inzwischen 20 Jahre gegen Forderungen der Sparkasse wehrt. Während dieser Zeit wurde das Geldinstitut zweimal gerichtlich

verurteilt, fast 500.000 Euro an den Mann zurückzuerstatten - wegen fehlerhafter Kontenführung und Falschberechnungen. 14 Mal wurde versucht, das Privat-

haus zu pfänden. Für einen Kredit von 1,1 Millionen Euro holte sich die Sparkasse 2,4 Millionen zurück: mit Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen.

Irgendwo muss das Jahresgehalt von rund 400.000 Euro für den Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse ja herkommen...

TTIP ist böse!

Ihr Werkzeug sind die so genannten Schiedsgerichte, die außerhalb des Rechtssystems stehen. Damit können Entschädigungen für entgangene Profite erstritten werden, wenn Parlamente unliebsame Entscheidungen treffen.

Der Antrag wurde in den Haupt- und Finanzausschuß verwiesen. Dort wird er dann wahrscheinlich verwässert. Unverständlich. Denn es gibt bereits negative Beispiele. In Hamburg beschloss der Senat Umweltauflagen für ein Kohlekraftwerk des Energiekonzerns Vattenfall. Der Konzern zog vor ein solches Schiedsgericht und verlangte Schadensersatz in Höhe von 1,2 Milliarden Euro. Der gleiche Konzern will nun die Bundesregierung wegen des Atomausstiegs zur Kasse bitten. Diese Fälle sind weit weg. Doch so etwas könnte auch hier passieren. Zum Beispiel wenn der Wetteraukreis seine Kliniken nicht privatisieren wollte und auf entgangene Profite verklagt würde. Auch dafür gibt es bereits ein Beispiel.

Sprechstunden im Roten Laden

Im Roten Laden, Usagasse 23, Friedberg, (Foto) können Sie jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag von 16 bis 18 Uhr mit der Fraktion der Linken im Kreistag sprechen. Kommen Sie doch einfach mal vorbei!



Wenn Sie Probleme mit dem Jobcenter oder Sozialamt haben, steht Ihnen die „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ ebenfalls montags von 14 bis 16 Uhr und donnerstags von 16 bis 18 Uhr mit Rat und Tat zur Seite.

So erreichen Sie *DIE LINKE.*

- Fraktion im Kreistag der Wetterau, ViSdP.: Gabi Faulhaber, Karben, Tel.: 06039 7912, www.die-linke-wetterau.de, info@die-linke-wetterau.de
- Ich möchte weitere Informationen über *DIE LINKE.* Mich interessiert besonders das Thema: _____
- O Ich möchte Mitglied der Partei *DIE LINKE.* werden.
- Name: _____
- Geburtsdatum: _____
- Beruf: _____
- Anschrift: _____
- Telefon: _____
- e-mail: _____

Mildtätigkeit



Armutszuzeugnis

für ein reiches Land

Diskussionsforum zur Armutswirtschaft

mit Prof. Dr. Stefan Selke

(kritischer Wissenschaftler und Publizist) und sozial engagierten Gästen aus der Wetterau. Interessierte Bürger/innen sind herzlich zur Diskussion eingeladen!

Schirmherr: Dr. Ulrich Wilken, Vizepräsident des Hessischen Landtags.



24. März 2015, 19 Uhr
Friedberg, Kaiserstr. 2